

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

248 (24.10.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.60 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postalter 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Werktag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: 123. Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die 7spalt. Kolonietexte od. deren Raum 20 A., Restamen 1.-M., zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag; Lokalanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/2 Vorm., für groß Aufträge nach zuvor.

Schlimme Folgen der Ostsee-Blockade.

Die Folgen der Ostsee-Blockade.

Berlin, 24. Okt. Die Ostsee-Blockade macht sich in immer stärkerer Weise bemerkbar. Der tägliche Ausfall an Fischmengen beträgt mehrere 1000 Zentner, was bei der Ernährungsfrage als unerträglich bezeichnet werden muß. Die Kohlenversorgung Ostpreußens ist durch die Sperre geradezu trostlos, da es an Eisenbahnwagen für den Transport fehlt. Ebenso ist die Versorgung der für Mitteldeutschland dringend benötigten Kartoffeln unmöglich. Auch macht sich die Sperre durch das Ausbleiben der Lebensmittel- und Erzeugnisse durch die nordischen Länder fühlbar.

Königsberg i. Pr. Jeder Verkehr deutscher Schiffe an der Küste ruht. Der Betrieb der regelmäßigen Dampferlinien nach Hamburg, Bremen, Lübeck und Stettin ist lahmgelegt. In Kiel hat eine große Zahl deutscher Dampfer und Segler Zuflucht gesucht, um der drohenden Beschlagnahme auf See zu entgehen. Auch im Nordostkanal liegt der Schiffsverkehr nahezu lahm. Nicht fühlbar macht sich die Sperre dadurch, daß auch die Fischereifahrzeuge zum Auslaufen verurteilt sind und dadurch keine Fänge mehr hereinkommen. In Kiel haben sich große Warenmengen, die zur Versorgung bestimmt sind, angesammelt.

Reichspräsident contra Minister des Meeres. Berlin, 23. Okt. Die Deutsche Reichsregierung hat bisher zu der Blockade-Note der Entente noch keine Stellung genommen, weil sie zuvor noch größere Klarheit über die Absichten der Entente haben und sich außerdem mit den Neutralen in Verbindung setzen wollte. Um so auffälliger ist es, daß der Reichspräsident Ebert in einem Interview mit weitestgehender Deutlichkeit seine Meinung geäußert hat. In der Sitzung des Hauptauschusses hat der demokratische Abgeordnete Dr. Pannicke diesem Erklärungen entgegen und darauf hingewiesen, daß der verantwortliche Minister des Meeres in dem für die Angelegenheit abgedruckten habe, als es der Reichspräsident tue, der in sehr bestimmter Weise Stellung genommen habe. Minister Müller erklärte darauf, ihm sei dieses Interview erst durch die Presse bekannt geworden. Das Kabinett werde sich nach am Nachmittag mit der Frage beschäftigen; vorher könne keine Mitteilung gemacht werden.

Mit Recht bemerkt u. a. die „Frankf. Hg.“ zu dem Vortrag: Aus den Worten des Reichsministers konnte man eine klare Mißbilligung des Verhaltens des Reichspräsidenten herauslesen und das Reichskabinett wird sich zweifellos in dieser Frage hinter den Minister des Meeres stellen. In der wirtschaflichen Not hat das deutsche Volk nur zu oft alte persönliche Politik über sich ergehen lassen müssen; es ist nicht gewohnt, die um das Verhängnis gemordeten Kräfte der revolutionären Zeit auch auf das republikanische Staatswesen übertragen zu lassen.

Die Entente und die deutsche Kohlenkrise. Mainz, 24. Okt. In einem von der französischen Militärbehörde antragender Bericht heißt es über die Kohlenkrise: Die Militärbehörde wünscht die französischen Kohlen die die Krise auf das Wirtschaftsgeschehen des Landes haben könnten, der Bevölkerung zu ersparen, und werde sich bemühen, die Lage zu bessern. Das Saarbecken werde für einen Teil eine bestimmte Menge Kohlen, die der für Frankreich bestimmten Menge entnommen werde, dem Rheinland liefern. Auch ist die Verteilungskommission in Berlin energisch darauf hinzuwirken worden, daß die nötigen Kohlen, welche die Ruhrwerke geben sollen, in Zukunft genau geliefert werden müssen.

Stillschluß der Offensive Indenisch. L.S. Kopenhagen, 23. Okt. Der Mevaller Korrespondent der National Tidende telegraphiert, daß von den vier Offensivaktionen, die den Petersburger Volkswissenschaften sichtlich der Notwendigkeit standen, drei der nordwestlichen Armee in die Hände gefallen sind. Die Volkswissenschaften selbst nur noch die eine östliche Linie. General Indenisch hat verlangt, daß ihm Island und Färöland, sowie die skandinavischen Länder materielle und moralische Unterstützung gewährt wird, wenn er Petersburg erobern solle, namentlich, wenn er den zu erwartenden bolschewistischen Gegenangriffen standhalten solle. Es habe sich nämlich herausgestellt, daß die Eroberung Petersburg eine weit schwierigeren Aufgabe sei als man angenommen habe. Russischen Ostasien und Petersburg sei auf sehr starke Verteidigungsanlagen gestützt und die Offensive gegen die Hauptstadt sei vollkommen zum Stillstand gekommen. Es sei ihm allerdings gelungen, einen Gegenangriff von vier bis fünf Regimentern und 1500 bolschewistischen Matrosen bei Kadnole Werfa abzuwehren, aber nordöstlich von Wladimir hatten die Volkswissenschaften einen neuen Angriff bei Strugi und Balaga unternommen. Aus Wladiwostok wird gemeldet, daß Oberst Wladimir Vermond erklärt habe, er werde sich von der Küste nicht eher zurückziehen, als die englischen Kreuzer die Beschießung seiner Stellungen eingestellt hätten.

Keine Milderung der Ueberwachung im Baltikum. Paris, 23. Okt. Der Oberste Rat hat nach Prüfung der russischen Note, die eine Milderung der Ueberwachungsmaßnahmen im Baltikum verlangt, beschlossen, keine Milderung

in den Kontrollmaßnahmen vorzunehmen. Immerhin sollen sie wohlwollend angewendet werden.

Minister Roske an die Unteroffiziere.

Berlin, 23. Okt. Zu den Verhandlungen des Wirtschaftsverbandes der deutschen Berufs Soldaten, der in Berlin tagt, erschien Reichswehrminister Roske. In der neuen Reichswehr verlangen die Unteroffiziere eine gleichmäßige Berufs-Interessenvertretung. Als Träger des Volkheeres wollen sie keine Politik treiben, verlangen aber wie bisher, den Zivilversorgungsschein und Staatsbürgerrechte.

Reichswehrminister Roske ging auf die Forderungen in einer Rede ein, in der er u. a. ausführte: Ich bin in der unglückseligen Lage, jeden Tag viel Geld ausgeben zu müssen, während der Finanzminister nicht weiß, wo er die Millionen hernehmen soll, die fast täglich von den verschiedenen Berufsständen in neuen Forderungen verlangt werden. Nicht nur der Unteroffizier, sondern jeder einzelne Volksgenosse muß mit einer unsicheren Zukunft rechnen, denn wir wissen nicht einmal, wie in einem halben Jahre die politische Lage sein wird. Die Anerkennung des Zivildienstes ist selbstverständlich.

Das Abfindungsgesetz ist kein Poppenstück. Jeder Einzelne in Deutschland ist in sehr unsicherer Lage, wenn er nicht Arbeitgeber ist. Es sind eine ganze Menge Parteien in Deutschland neuzugewonnen. Mit äußerstem Mißtrauen werde ich zusehen, wenn Ihr Verband etwa die Reichswehr auf gewerkschaftliche Grundlage stellen will. Dann würden Sie mich als den entschlossensten Gegner finden. Einen Unteroffizier, der mir ausdauernd, daß, wenn seine Wünsche nicht in Erfüllung gehen, es eines Tages passieren könne, daß bei Not am Mann die Truppe Gewalt an sich greift, kann ich nicht dulden. Wenn irgendwelche Forderungen darauf hinausgehen, die Truppe zu einem solchen Instrument zu machen, dann bin ich deren bitterster Feind und werde mich mit Mäusen und Ichnen. Die Truppe muß unpolitisch sein. Nach 12 Jahren wird der Soldat nicht mit dem Bettelstab auf die Straße gemorren, sondern es wird für seine Zukunft gesorgt werden müssen.

Wenn der Wirtschaftsverband deutscher Berufs Soldaten anstrebt, daß erst nach 12jähriger Dienstzeit ein Aufstiegs zum Offizier möglich ist, so sage ich: ein dreißigjähriger Zeutnant ist ein Unbiling. Der jetzt zum Unteroffizier befördert ist nicht der richtige Offizier der Zukunft. Die neue Truppe wird dazu beitragen, Deutschland aus tiefster Erniedrigung zu neuer Blüte emporzuführen.

Verziehung von Beständen der Reichs-bekleidungsstelle.

Die „Arenazzeitung“ schreibt: Nach Auflösung der Reichsbekleidungsstellen werden nunmehr viele hunderttausende von Männer-Anzügen, Ueberziehern, Damenblüsen und Unterzeug verkauft. Uns ist bekannt, daß die Reichsbekleidungsstelle Stettin Männeranzüge für 105 M. und Damenblüsen aus Wolle für 15 M. an die Großhändler abgibt. Der minderwertigsten Bevölkerung wurden früher die größten Schwierigkeiten bereitet, wenn sie sich einen Anzug von der Reichsbekleidungsstelle anschaffen wollten. Diese Bekleidungsstücke werden nun aller Voraussicht nach vielfach mehrmals verkauft und werden später beim Verkauf das Vielfache des Einkaufspreises! Es ist daher unumgänglich notwendig, daß 1. die Gegenstände zu einem festen Preise an die Bevölkerung verkauft werden, der Preis muß nach Reich vorgeschrieben sein, 2. jede Veräußerung in zweite oder dritte Hand verboten wird, 3. besondere Lagerhäuser und Verkaufsbücher geführt werden. Nur dadurch wird es möglich sein, daß eine Auswucherung der Bevölkerung vermieden wird.

Abteilung französischer Offiziere.

Paris, 24. Okt. Der Gouverneur von Maubeuge, General Journier, wird vor ein Sondergericht gestellt werden wegen Kapitulation vor dem Feinde und Uebergeben der Stadt. Des weiteren haben sich acht Offiziere zu verantworten wegen Feigheit vor dem Feinde, welche ebenfalls bei der Verteidigung von Maubeuge mitwirkten.

Der Führer des roten Soldatenbundes als Rassenränder.

Berlin, 24. Okt. Aus Leipzig wird mitgeteilt: In einer geheimen Sitzung des roten Soldatenrats wurde bekannt gegeben, daß seit Freitag der Vorsitzende Koenig und der Kassier Koebel mit der Kasse, in der sich 23 000 Mark befanden, durchgegangen seien. Der Redner teilte dies den Anwesenden im Vertrauen mit und hat gleichzeitig um völliges Schweigen, um das Ansehen der kommunistischen Partei nicht zu schädigen. Es sei auch aus diesem Grunde um so mehr ein Abfall von Mitgliedern zu erwarten, als dies schon die vierte Unterzählung in der Leipziger kommunistischen Partei sei.

Wilhelm II. soll prozessiert werden.

Amsterdam, 24. Okt. Das Pressbüro Radio meldet aus Gorcea, Bonar Law erklärte im englischen Unterhaus, daß alle notwendigen Vorbereitungen für das Verfahren gegen den ehemaligen deutschen

Kaiser getroffen wurden. Das Auslieferungserlösen an die niederländische Regierung könne nicht erfolgen, bevor alle beteiligten Staaten den Friedensvertrag unterzeichnet hätten.

Wahlverfahren für die Wahl von Betriebsräten.

Berlin, 24. Okt. Im Betriebsräteauschuss der Nationalversammlung wurde gestern folgender Regierungsvorschlag angenommen: Die Mitglieder des Betriebsrates werden in gleicher Wahl nach den Grundfragen der Verhältnismäßigkeit auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Artikel 30, der bestimmt, daß durch Beschluß einer Mißbilligung bei einer Betriebsversammlung der Betriebsrat zurücktreten muß, wurde durch Mehrheitsbeschluß gestrichen.

Verharmelung englischer Gewerkschaften.

Amsterdam, 23. Okt. „Telegraaf“ meldet aus London vom 21. Oktober: Es wird vermutlich zu einer Verharmelung der Gewerkschaften der Maschinenbaubetriebe kommen. Die neue Organisation würde mit 1 1/2 Millionen Mitglieder und einem Kassenbestand von über 4 Millionen Pfund Sterling die größte und reichste der Welt sein.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 23. Okt. Eröffnung der Sitzung um 120 Uhr nachmittags. Das Haus ist schwach besucht. Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts: Auswärtiges Amt.

Abg. Waldstein (Dnt.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses.

Minister Müller: Die Mehrforderung des Vorschlags des Auswärtigen Amtes beruht darauf, daß die Ausführung des Friedensvertrags uns zwingt, die Arbeitsmethoden des Amtes zu prüfen und zeitgemäß zu ändern. Die Entnahme der Beamten aus den Mitgliedern der Geld- und Gebietsverteilung muß aufhören. Die Basis der Entnahme muß erweitert und Außenleiter müssen herangezogen werden. Wer gegen die Republik agitiert, der darf nicht auf einen Außenposten kommen. Man muß draußen den Eindruck gewinnen, daß die Republik in Deutschland gefestigt ist. Die juristischen Kenntnisse dürfen nicht vernachlässigt werden bei der Anlegung dieses monströsen Friedensvertrags und bei der Schaffung des neuen Völkerrechts, aber allein maßgebend darf die juristische Vorbildung nicht sein. Die Abteilungen des Amtes sollen nach Ländergruppen arbeiten. Die Wirtschaftspolitik soll mit der äußeren Hand in Hand gehen. Sozialpolitische Vertreter sollen dem Ministrium beigegeben werden. Die Rechtsabteilung soll keine Politik treiben. Wenn die Wägen unserer Auslandsvertreter erweitert werden soll, so müssen die Auslandsbeiräte draußen von ihren Bezügen unabhängig leben können. Das Schwierigste kommt jetzt, wenn wir liefern und zahlen sollen. Wir werden tun, was wir können, mehr nicht. Ob die Feinde dafür Verständnis haben werden, ist zu bezweifeln. Auch die Länder der Sieger haben furchtbar gelitten und wir müssen die geistige Verfassung der fremden Völker verstehen lernen. Der deutschsozialistische Staat hat keine größeren Feinde als Ludendorff und seine Garde. Die Militärpartei regiert nun einmal in den besetzten Gebieten, aber dort ist es die französische Militärpartei. Der Druck der Entente ist das beste Mittel, unsere Einheit zu fördern. Clemenceau sagt: „Die Herren sind wir!“ Wir kennen diese Nebensarten. Es sind die der Alldeutschen von vorgestern. Sie kommen nicht zum Vorkommen.

Abg. Wels (Dnt.): Die Wahrheit ist auf dem Marke in Deutschland, das nur die auch die französischen Genossen einschließen. Die Erziehung der Sowjetregierung ist ein Unglück für den Sozialismus. Für ein noch größeres Unglück würden wir freilich den Sieg der Reaktion halten. Der Völkerverbund von Ententegegnern ist eine Verzerrung, aber darum müssen wir hinein. Der Zusammenbruch Europas kann nur durch Zusammenarbeiten der Völker aufgehalten werden. Wir halten es von höchster Wichtigkeit, daß eine Gesandtschaft beim Vatikan errichtet wird. Auch Preußen und Bayern sollen die Sondergesandten nicht aufgeben. Die Einrichtung der Außenhandelsstelle und der Handelsfreiheit ist zu begrüßen. Das müssen auch Sachverständige für die ausländischen geistigen Stimmungen geschaffen werden.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.): Man verzieht den Westen, darum müssen wir nach Osten gehen. Ich billige das, was Minister Müller darüber gesagt hat. Lenin hat eine Schandtat begangen, indem er bei Heimbeerdigung unserer Gefangenen 20 Geiseln zurückbehält unter dem Vorwand, es befänden sich noch belgische Gefangene in Deutschland.

Abg. Schulz-Premerberg (D.N.): Wie steht es mit der Ausführung der Ratifikation? Was ist zu ihrer Beschleunigung geschehen? Daß man sich in einen Völkerverbund hineindrängen kann, in dem man uns nicht haben will, verstehe ich nicht.

Abg. Dr. Geyer (U.S.): Die Beteiligung Deutschlands am Völkerverbund ist die Vorbereitung zu einer sozialistischen Politik und die Solidaritätsklärung mit den kapitalistischen Regierungen der Entente. Die deutsche Regierung muß der Sowjetregierung ihre friedlichen Absichten und Gefinnungen zu erkennen geben. Fällt die Sowjetregierung, dann fällt das letzte Bollwerk des Sozialismus.

Minister Müller: Wir können keine Politik der großen Worte machen. Ich habe keinerlei Erklärung abgegeben, woraus die Truppen im Baltikum hätten bestehen können, sie könnten dort bleiben.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung. Vorher Anfragen. Schluß nach 1/2 Uhr.

Die Umsatzsteuervorlage.

Von Ehr. Stod. Heidelberg, Mitgl. der Nationalversammlung
Der ungeheure Finanzbedarf des Reiches zwingt unter Finanzmännern zu allen nur erdenklichen steuerlichen Maßnahmen. Drei Steuerarten von nie dagewesener Größe sind es, die gegenwärtig Regierung und Parlament beschäftigen. Das Reichsnotopfer, die Reichseinkommensteuer und die Umsatzsteuer.

Während die erste Steuer als allgemeine Besitzabgabe in ca. 3 Jahren die Gesamtsumme von 80-85 Milliarden bringen soll, rechnet die Regierung bei der Umsatzsteuer mit einem jährlichen Ertrage von 4250 Millionen Mark. Die Reichseinkommensteuer ist in der Vorlage dem Parlament noch nicht unterbreitet, soll aber, was man darüber hört, bereits die mittleren Einkommen mit 50 Prozent der Einnahmen erfassen und demgemäß bei den höheren Einkommen entsprechend zugreifen.

Die Umsatzsteuer ist das ungeheuerlichste Steuerwerk und von einer einschneidenden Art, wie wahrlich noch kein Steuerwerk ein Parlament passiert haben dürfte. In England ist sie besonders wegen ihres einschneidenden Charakters abgelehnt worden, dagegen hat sie sowohl in Frankreich wie in den Vereinigten Staaten, Nordamerika's Annahme in geschwächerterem Zustande gefunden.

Die Vorlage sieht vor:

1. eine allgemeine Umsatzsteuer im Betrage von 1 Prozent;
2. eine erhöhte Umsatzsteuer auf die Lieferung hauswirtschaftlicher Gegenstände im Kleinhandel im Betrage von 5 Prozent;
3. eine erhöhte Umsatzsteuer auf die Lieferung bestimmter Gegenstände durch den Hersteller im Betrage von 10 Prozent;
4. eine erhöhte Umsatzsteuer auf Lieferung von Luxusgegenständen im Kleinhandel im Betrage von 15 Prozent;
5. eine erhöhte Umsatzsteuer auf Leistungen besonderer Art im Betrage von 10 Prozent.

Von der Steuer sollen hauptsächlich befreit sein: Umsätze aus und in das Ausland; Kreditgewährungen und Umsätze von Geldforderungen; Verpachtung und Vermietung von Grundstücken; Lieferungen eines Unternehmers an seine Arbeiter und Angestellten, sofern sie für deren eigenen Bedarf sind; die Rückvergütung der Genossenschaften an ihre Mitglieder.

Die allgemeine Umsatzsteuer mit 1 Prozent soll nach der Vorlage dem Reich eine Einnahme von rund 1600 Millionen Mark bringen. Die Vorlage sieht sich auf einen durchschnittlichen Umsatz von 160 Milliarden Mark. Nach Angaben von anerkannten Volkswirtschaftlern ist der Umsatz durch die inflatorische Preissteigerung aber ein weit höherer, was gleichzeitig einen höheren Ertrag der Steuer zur Folge hat. Diese Steuer umfaßt jeden geschäftlichen Umsatz mit Ausnahme der aufgeführten Sonderheiten und trägt das Verwerfliche in sich, daß bei einem und demselben Artikel, sobald er den Besitzer wechselt, erneut in Erscheinung tritt. Ein Produkt, das also zu seiner Vervollständigung durch mehrere Geschäfte geht bis es an den Verbraucher kommt, wird mehrmals von dieser Steuer getroffen. Dieses Ausmaß wird natürlich geringer, wenn der Käufer bezahlt, seine Waren möglichst aus erster oder zweiter Hand zu bekommen.

Weit, weit schlimmer wirkt aber auf das Budget des armen Mannes die unter 2 aufgeführte Prozentige Steuer für hauswirtschaftliche Gegenstände im Kleinhandel. Diese Steuerart, die den Betrag von 1900 Millionen im Jahr bringen soll, umfaßt jeden notwendigen Bedarf im Haushalt, auch die Lebensmittel. Ihre Durchführung wäre geradezu von katastrophalem Charakter für die ärmeren Familien gewesen. Gegen sie haben sich vor allem die Sozialdemokraten gewandt und hat sich glücklicherweise die Mehrheit des Ausschusses herbeigelassen, diesen Passus des Gesetzes fallen zu lassen, allerdings mit dem Opfer, daß die allgemeine Umsatzsteuer von ein auf einhalb Prozent erhöht wird. Gegen die Erhöhung der allgemeinen Steuer sprachen sich hauptsächlich die Demokraten aus, als sie dadurch der Konzentration der Betriebe und Geschäfte für und Tor geöffnet sahen. Dieser Standpunkt ist allerdings nur bedingt

richtig. Es ist nicht nur das Gesamtinteresse über die Preissteigerung hinweg zu sehen. Es muß aber auch einmal und herausgehört werden: ein so armer Staat wie Deutschland kann sich den Luxus der Erhaltung von nicht unbedingt notwendigen Existenzen einfach nicht mehr leisten. Wir gebrauchen eine den Artikel nur vertretende Tätigkeit nicht mehr, können sie nicht mehr gebrauchen.

Die zehnprozentige Steuer auf bestimmte Gegenstände beim Hersteller sollte eine ganze Reihe Artikel wie Kleider, Leder, Glas, Uhren, Seife usw. umfassen, deren Annahme durch die Sozialdemokraten in dieser Form ausgeschlossen erscheint. Dagegen befinden sich eine Reihe Artikel darunter, wie Eisenbleche, Gegenstände aus Edelmetall, Silberwerke und Kunst-Instrumente, soweit sie nicht zum Verfall dienen, die andererseits auch gern unter die Gruppe der Luxusartikel fallen können. Es ist auch eine Verzinsung des Gesetzes, wenn der Kundeszuschuß, die Steuer in der Form der Vorlage nicht aufzunehmen, dagegen die jetzt erwähnten Gegenstände unter die Luxussteuer einzuziehen. Diese Abänderung ist eine sehr große, als auch diese Steuer den Betrag von 450 Millionen bringen soll.

Die Luxussteuer endlich kann nach der Auffassung der Sozialdemokraten, ganz gut statt wie vorgeschlagen 15 Proz. 25 Proz. betragen. Ihr Ertrag mit 100 Millionen ist ziemlich gering gewertet, die Liste der Luxusgegenstände darf in etwas erweitert werden.

Endlich haben wir es mit einer Steuer von 10 Prozent für „sonstige Leistungen“ zu tun. Inserate und Anzeigen aller Art, vorübergehende Liebernachtung in Gasthöfen und Hotels, wenn der Betrag mehr als 2 Mk. beträgt und der Aufenthalt nicht länger als zwei Monate dauert, ausgenommen die dauernd berufliche Tätigkeit; Johann Aufbahrung von Gold, Verpächtern, Werkstätten, Belwert und Kleidungsstücken unter Verwendung von Holzwerk, fallen unter diese Steuer.

Die Inzeratensteuer hat für die kleinen Provinzialblätter ohne weiteres große Nachteile und, wenn es auch mit Rücksicht auf die finanziellen Notwendigkeiten des Reiches nicht möglich ist, diese Steuerart ganz zu beseitigen, steht zu hoffen, daß durch eine Staffellei die kleinen und mittleren Zeitungen in etwas den großen gegenüber geschützt werden. Bei der Hotelsteuer ist bereits die Grenze der Steuerbefreiung von 2 auf 3 Mk. erhöht, der Aufenthalt mit Ausnahme von Patienten aus Versicherungsorganen, ganz unter die Steuer gestellt und die Dauer des vorübergehenden Aufenthalts von zwei auf drei Monate verlängert.

Alles in allem, es handelt sich hier um eine Steuer, die ganz früh in jeden Kauf, Erwerb und Tätigkeit eingreift. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich nur mit großem Mißbehagen und sehr ernsten Bedenken herbeigelassen, an diesem Steuerwerk mitzuarbeiten. Ob sie ihm letzten Endes überhaupt zustimmen kann, hängt davon ab, inwieweit sich die bürgerliche Mehrheit herbeiläßt, das Reichsnotopfer und die Reichseinkommensteuer nach untern Wünschen auszugestalten. Schließlich zwingt aber auch die Not der Zeit zu außerordentlichen Handlungen und es kommt auch die sozialdemokratische Fraktion mit dem Verstand, mit der Verantwortung für die Regierung auch die Seitenansichten durchzulassen. Sie kann dies allerdings um so leichter, wenn auf der anderen Seite der Mut, Opfer zu bringen, nicht fehlt. Einzelnen versuchen die sozialdemokratischen Mitglieder die schärfsten Stellen dieser Vorlage zu besetzen. Lieber ein müssen wir uns klar sein: es muß alles mithelfen, auch in der steuerlichen Leistung, soll das durch den Krieg durch und durch kranke und bankrotte Deutschland wieder gesund werden.

Evangelische Bischöfe.

Die bayerische Bischofskonferenz hat einen Hitenbrief beschlossen, in dem es heißt:

Sollte die Schulgesetzgebung noch weitere Gänge in der Richtung auf die religionslose staatliche Zwangsschule lenken und der Kulturkampf weitergehen, dann wird die Stunde kommen, wo wir Bischöfe den katholischen Eltern von Bayern sagen: kein Gesetz des Staates kann im Gewissen verpflichten, wenn es mit den Geboten Gottes im Widerspruch steht und die gottvererbten Rechte der Kirche mißachtet. Keine Verfassung, kein Gesetz, keine Verordnung kann die Eltern im Gewissen verpflichten, ihre Kinder zum Besuche der Staatsschule anzuhalten, wenn diese Schule einen Gottesdienst an diesen Kindern leitet und niederreißt, was Väter und Mütter bis zum

... in den Händen aufbehalten haben. Elternrecht bricht Schulrecht. Allen Schülern die ins Gewissen greifen, würden wir den gleichen Widerstand entgegenzusetzen, den die deutschen Väter den Militärjuristen gegen die hebräischer Jahre entgegengezeigt haben. Gewissensrecht bricht Staatsrecht. Gleich den Katholiken in Belgien im Jahre 1879 würden wir im Sinne des Kirchenstatutes davon gehen müssen, katholische Privatschulen zu errichten wenn die staatliche Schule die katholische Kirche ihren Kindern entzöndete und das Heiligtum der Kinderseele verunreinigte. Eure Töchter, katholische Eltern, wird es dann sein, eure haarebürgerlichen Rechte geltend zu machen und eine doppelte Forderung der Katholiken — eine Steuer für die staatliche und eine für die freie katholische Schule — abzulehnen.

Die die Saptalilien die Besetzung der Staatsgebebe zu weigern, so reizt hier die Bischofskonferenz mit düren Worten zum strafbaren Schul- und Steuerstreik für den Fall auf, daß die Gebebe den Wünschen der Kirche zu sehr widersprechen. Wenn „Elternrecht“ das vom Staat vorgeschriebene Schulrecht brechen könnte, wäre der Staat lahmgelegt. Es gäbe überhaupt kein Gebiet mehr, auf dem der Staat seinen Willen gegen die Kirche durchsetzen könnte. Genau so wie die Kirche Angehörigen gegen die Schulgesetze proklamieren könnte, könnte sie auch zur Verletzung aller übrigen Gesetze ansetzen.

Wenn die Geistlichkeit ihre Gläubigen zu strafbarem Handeln oder Unterlassen anstiftet, trägt sie dafür die Verantwortung. Inverlässliche Gendarmen und Soldaten haben die Befolgung der Gesetze dann eben zu erzwingen. Das gilt für Militäreinsätze genau so wie für kommunizistische Spartakisten.

Internationaler Angestelltenkongress in Amsterdam.

Am 22. Okt. In Amsterdam tagte ein internationaler Kongress der in öffentlichen Betrieben beschäftigten Angestellten. Vertreten waren Deutschland, Belgien, Frankreich, England, Schweden, Norwegen und Dänemark. Die Belgier, Dänische und französische Arbeiter zur Sprache, die von den deutschen Behörden während des Krieges interniert waren. Der französische Kommissar erklärte, das internationale Büro könne nicht mehr in Berlin bleiben. Der deutsche Vertreter Dittmer stellt fest, daß die gesamte deutsche Gewerkschaft stets die Delegation als einen ungeheuren Skandal bezeichnet habe. Andererseits habe er als Mitglied des Berliner Gemeinderats Gelegenheit gehabt zu beobachten, wie unbedauerlich die Wände über Tausende von Frauen und Kindern abgetragen hat. Er fragt, ob die belgischen, französischen und englischen Kameraden etwas versucht hätten, um dieses Elend zu verhindern.

Den weiteren Kongress beherrschte der Geist der Verächtlichmachung und Verstoßung. In dieser Hinsicht hat der Kongress weit über den Rahmen seines eigentlichen Arbeitgebietes hinaus aufstrebend gewirkt. Auf der internationalen Konferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter nahmen die Engländer eine überaus entgegenkommende Haltung ein durch die Erklärung, daß die Deutschen überhaupt nicht nötig hätten, ein Schulbesuchsantrag abzulehnen, da den Gewerkschaften keine Schuld an den schändlichen Verhältnissen beigegeben werden könne. Der Engländer Levenan gab die Erklärung ab, daß die englischen Arbeiter keinen Fall gegen die Deutschen empfinden und daß sie ihnen den Geist der Brüderlichkeit entgegenbrächten. Es wurde dann beschlossen, einem unläutlichen Krieg mit allgemeinem Streik zu begegnen. Der Sitz des Kongresses wurde mit allgemeiner Zustimmung von Berlin nach Amsterdam verlegt.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Schieber an der Schweizer Grenze.

Aus Konstanz wird uns geschrieben: Die Grenzbehörde in Waldshut geht seit kurzer Zeit gegen die Schieberweise vorwiegend unerbittlich vor. Innerhalb sechs Wochen wurden dort etwa 800 dieser Ehrenmexen zu Geldstrafen von 1000 bis 15000 Mk. — insgesamt über eine Million Mark — verurteilt neben Einziehung der Waren. Auf dieses entsetzliche Vergehen hin hat die Wohnungsnat in dortiger Gegend nachgelassen. Aber geloben wird immer noch. Da nützte das Schöffengericht seine Strafgerichtsamt weiter aus und verurteilte in einer letzten Sitzung über 11 Personen wegen unbesugten Handel mit „Schweizer Zigaretten“, Strafen in Gesamthöhe von 70000 Mk. nebst Wareneinzugung. Die Höchststrafe für einen „Schieber“ betrug 275000 Mk. Und in einem weiteren Falle wurde ein „Schieber“ zu 350000 Mk. verurteilt. Solche Strafzettel sind für große Schieber gesunde Geldstrafe für Mühe ins wirtschaftlich-produktive Geschäftsbereich. Und sie erfüllen wenigstens einen deutschen Programmpunkt: „Erfassung aller zu hohen Kriegsgewinne“, recht dankenswert.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Sich verbeugend zu seinem Gegenüber und die Hände ineinander schlingend, daß die Gelente knacken — half es doch nichts, gab es doch kein Zurück mehr — hatte Dolores jetzt in möglichst leisem Ton: „Gibst du eine Frage, Herr Radner? Wie alt ist Ihr Bräutigam Tochter?“

„Na — fünfzehn, wird nächsten Monat ledig sein.“ sagte Radner ein wenig erlöst. Er hatte sich etwas anders erwartet, aber zugleich lächelte er auch geschmeichelt: „Ehon so ein hübsches Mädchen, nicht wahr?“

„Oh — sehr!“ Dolores beugte sich noch weiter vor, und seine Stimme klang anders, als er eigentlich beabsichtigt hatte, leiser und doch geräuschiger: „Bedenklich sein es nicht? Ich würde sie jedenfalls nicht mehr allein ausreisen lassen — hören Sie, Radner, jedenfalls nicht mehr mit dem — mit dem — nun, mit dem Invektor?“

„Mit dem Invektor? Wie's — warum?“ Man sah's an des Vaters weit aufgerissenen, erschauerten Augen unter hochgezogenen Brauen, daß er keine Ahnung von diesem Mitt hatte.

„Wo richtig; Radner wußte nichts, hatte gar keine Ahnung! Wie demnach würde er ihm nun sein! Und rauch, es sich zu bestimmen, erzählte Dolores jetzt von der neuartigen Anweisung am Tisch. Er hatte sehr vorsichtig sein wollen, herzlich schmeichelnd, aber nun betonte er doch, wie sehr er durch sie verletzt worden sei — in die Seele des Vaters hinein — in die Seele des Bruders.“

„Welchen Mißdeutungen ist solch ein junges Mädchen ausgesetzt! Ich muß gesehen, ich selber würde, wenn ich nicht —“

Erregt unterbrach ihn Radner. „Sie wollen doch etwa nicht sagen, daß meine Tochter imstande wäre, etwas — etwas —“ Er schnappte nach Luft; ihm war, als sollte ihm der Schlag rühren. Dieser Säure und dann diese Enttäuschung! Nicht wegen der Welt kam der — sondern wegen Kornelia — wegen Kornelia!“

„To muß ich doch sehr bitten, sehr bitten!“ Radner war aufgesprungen und rannte mit großen Schritten im Salon auf und ab.

„Gedanken verbesserte Dolores: „Nurdon, ich — selbstverständlich, ich — ich will ja natürlich, daß — ich trete ja gerade für das Fräulein ein — aber andere könnten —! Über Radner!“ Er war auch aufgesprungen und legte dem Erregten die schlaffe Hand mit dem Wappenstein der Dolores auf die Schulter: „Sie können doch die Welt so gut wie ich! Das Fräulein ist nicht rein genug. Und dann in untern blicklichen Verhältnissen — wir müssen doppelt Bedacht nehmen — und dieser polnische Invektor...“

„Erlauben Sie, der Mann ist nicht so schön.“ unterbrach ihn Radner heftig. „der Mann heißt „Zukul!““

„Aber polnisch geworden ist er!“ „Zukul“ lächelte er sich — Sie polnisch!“ sagte Dolores jetzt etwas kühn. Daß Radner jedes Wort einer Tochter über bemerke, war natürlich, aber wie man so gereizt werden konnte bei Erwähnung dieses Invektors! Ueberhaupt, war es nicht unerhört, daß ein deutscher Gut herr sich einen polnischen Invektor hielt?!

„Das habe ich Ihnen lange erzählt.“

„Ich traue dem Menschen nicht.“ sagte er mit einem Achselzucken. „den Menschen ist nie zu trauen.“

Da fing Radner laut an zu lachen: „Das hat Ihnen wohl Koppe einfallen, der alte Sell Nichts wie Gierigkeit von dem. Überhaupt, daß er nicht mehr hier Fremderom ist!“

„Ich kenne mich mit meinem Invektor nicht einbilden. Ueberhaupt hat er das auch nie verstanden.“

„So — na, wenn Sie mit ihm zufrieden sind! Ich hätte mir an Ihrer Stelle diesen alten Frevvelphorger nicht erworben. Sozialdemokrat ist er auch noch dazu — das verdrückt sich nicht mit meiner Stellung!“

Dolores ließ das Blut zu Kopf. Schärfer, als er es eigentlich wollte, sagte er: „Und ich finde es mit meiner Stellung nicht vereinbar, mir einen polnischen Invektor zu halten! Verzeihen.“ — er begann sich, was sollte er mit dem hier befehlen? — „Aber wir von unterm Thema abkommen, Herr Radner! Es war lediglich das Interesse für Pauls Schwester, das mich hierhergeführt hat!“

„Interesse, Interesse.“ grümelte Radner und lief mit hochgezogenen Brauen in der Stube hin und her.

In diesem Augenblick kam die Frau des Hauses. Sie war noch im Morgenrock gewesen — sehr laider — aber dem Baron so simpel entgegengetreten? „D nein! Sie hatte sich mit der Toilette beiläufig, und so kam sie, etwas erheit, in einem hübschen Wollkleid mit Seidenbesatz.“

Dolores lächelte ihr die Hand mit dem lebhaften Wunsch bei der Mutter mehr Verständnis zu finden. Er wußte, Frau Radner galt als sehr gute Mutter. Es war ihm so unbeschwerlich in diesem, nicht immer besorgten, nur bei besonderen Gelegenheiten benutzten Salon. Ein erhellender Hauch legte sich von diesen Wänden nieder auf seine Seele. So frei war er kaum je gewesen, er fand keinen unwillkürlichen Ton, konnte er sich wundern, daß die Radners auch still waren?

„Ein seltsames Vergnügen!“ sagte die Hausfrau lächelnd, wenn sie auch verbindlich dabei lächelte.

„Er kommt wegen Kornelia.“ sagte Radner. „Unsere Tochter soll sich nicht passend benennen haben!“ Die ganze Verleththeit des eiteln Vaters brach jetzt durch — nichts auf der Welt hätte er so wie die Tochter — er bekam einen roten Kopf, und die Stimme gitterte ihm: „Man sagt dem Fräulein, daß sie mit dem Invektor — Herrgot, Herrgot!“ Er sah sie an den Kopf.

„Aber ich muß doch sehr bitten, lieber Herr Radner! Nichts habe ich hiervon gesagt, gnädige Frau, gar nichts, ich verdrücke mich!“

Der bölligste Besucher erhob die Stimme, aber der Hausherr erhob die seine dagegen. Nein, auf seine Kornelia ließ er nicht hören! Und wenn es extra geht, auf Van Zukul zu hören, der ja verdrückt wie alles Polnische, — allebekannt war dies und diente natürlich nicht zur Förderung des allgemeinen Interesses — dem Herrn Baron ein Korn in Anse war, so mußte er sich doch ganz entschieden verdrücken, eine Tochter als Deckmantel einer Frivole benutzt zu werden!

(Fortsetzung folgt.)

Reben den großen Schiebern, die sich ungeschicklich reich gemacht haben, trüben im kleinen Grenzverkehr auf ideinbar geschlicher Grundlage auch kleinere Schieber ein recht beschaufliches Bösen. Sie haben es mit Schläubergerreie verstanden, durch die bestehenden Zollvorschriften durchzuschlüpfen, daß sie täglich einmal in die Schweiz dürfen. Und wer schon so selten ist, bieten sie tägliche Schweizerreise auch noch zu anderen Geschäften benützen: z. B. täglich wenigstens 50 A (die Höchstumme, die mit ausgeführt werden darf) in der Schweiz in Tücherzeit zu bringen.

Dann gibt's noch einen Ausweg: Man packt in der Schweiz ein Stück Ader oder Garten, wird „Gartenpächter“ und erhält einen täglichen Pächterlohn. Oder man nimmt bei einem Schweizer Lehrer „Sprachunterricht“ und wird Schüler. Das zahlt monatlich 50-75 A. Und dann und wenn kommt der Schüler auch zum Lehrer, um den Schein ein wenig zu wahren. Als Schüler erhält er einen täglichen Pächterlohn.

Garten und Unterricht waren bisher sehr erträglich allein mit dem täglichen Golen der Stumpen: 12 bis 15 A Verdienst schauten täglich dabei heraus. Es gibt Leute, die dieses Geschäft schon über ein Jahr lang betreiben, obwohl sie es ihrer Vermögenslage nach nicht nötig hätten, die gar nichts dabei finden, auf diesem Weg zu wohnen; und die Allgemeinheit hat das Schädliche solchen Wesens noch immer nicht als Schädlichkeit erkannt.

Diese Besucher der Schweiz tragen auch viel zu den täglichen Inzuchtigkeiten — besonders zu langer Parteilichkeit bei der Zollabfertigung — an der deutschen Grenzstelle bei, weil sie täglich kommen. Zudem sind die Bekleidungsstücke über die Inzuchtigkeiten dieser gerade die „Vorbesitzer“ und „Schüler“: die Inhaber der patentierten Grenzgegendschleusen für Personelle und Rebige.

Ueber die politische Frage habe ich nicht mehr verhandelt, weil es zu Verhandlungen über die Volkshaus vom 21. Januar überhaupt nicht mehr gekommen ist.

Dr. Singheimer stellte dann fest, daß dem Grafen Bernstorff am 16. Januar offiziell vertraulich mitgeteilt wurde, daß der U-Bootkrieg beschleunigt sei. Es heißt in dem Telegramm weiter, daß wenn jetzt der U-Bootkrieg ohne weiteres begonnen würde, der Präsident das als Schlag ins Gesicht empfänden würde und daß der Krieg mit den Vereinigten Staaten unvermeidlich und eine Beendigung des Krieges unabsichtlich sei, da die Machtmittel der Vereinigten Staaten trotz allem was man darüber sage, sehr groß seien.

Durch die Konferenz würden wir einen besseren Frieden erreichen, als wenn sich die Vereinigten Staaten unsern Feinden anschließen würden.

Graf Bernstorff: Am 30. Januar habe ich die Friedensbedingungen sofort dem Obersten Hause mitgeteilt und am nächsten Tage die Erklärung des U-Bootkrieges überreicht. Dann habe ich mit niemand mehr verhandelt.

Abg. Dr. Singheimer verliest dann das Telegramm Bethmann Hollwegs auf das Telegramm des Grafen Bernstorff. Der Graf wird gebeten, dem Präsidenten den Plan der kaiserlichen Regierung für seine Mitteilungen auszusprechen. Wir bräuchten ein volles Vertrauen entgegen und hätten ihn, auch gegenüber den gleichen zu tun. Deutschland ist bereit, die von ihm vertraulich angebotene Friedensvermittlung herbeizuführen und eine direkte Konferenz der Kriegführenden anzunehmen. Es wird seinen Verbindungen das gleiche empfohlen. Eine öffentliche Festlegung unserer Friedensbedingungen ist jetzt unmöglich, nachdem die Entente Friedensbedingungen veröffentlicht hat, die auf eine Entziehung und Vernichtung Deutschlands und seiner Bundesgenossen hinauslaufen, die vom Präsidenten auch selbst als unmöglich bezeichnet wurden. Im Wilson einen Beweis unseres Vertrauens zu geben, teilen wir ihm ganz ausschließlich für seine Person die Bedingungen mit, unter denen wir bereit gewesen wären, in Friedensverhandlungen einzutreten, falls die Entente unser Friedensangebot vom 12. Dezember angenommen hätte.

Graf Bernstorff: Ich habe alles, was sich auf den Frieden bezog, sofort dem Obersten Hause mitgeteilt, jedoch er in der Lage war, dem Präsidenten zu unterrichten. Nach dem Stand der Verhältnisse in Amerika war es vollkommen ausgeschlossen, daß nach der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges nachher noch verhandelt wurde. Am 31. Januar abends habe ich die U-Bootnote übergeben. Ich war überzeugt, daß keine andere Lösung mehr möglich war. Ich habe daher den Befehl zur Verhängung der deutschen Handelschiffe schon am 31. Januar früh 10 Uhr ausgegeben, da ich sicher war, daß am Abend es zu spät sein würde. Um 7 Uhr abends waren sie auch bereits von der amerikanischen Polizei besetzt. — Ich wußte seit 1 1/2 Jahren darauf hin, daß der U-Bootkrieg den Krieg bedeutete. Ich nahm also auch an, daß man in Berlin darauf gelaßt war.

Abg. Dr. Singheimer: Am 18. Januar erhielten Sie ein Telegramm, in dem es hieß:

„Ich bin mir wohl bewußt, daß wir mit unserm Vorgehen Gefahr laufen, den Bruch und möglicherweise den Krieg herbeizuführen. Wir sind entschlossen, dieses Risiko auf uns zu nehmen.“

Abg. Dr. Singheimer: Sie haben in einer Zeitschrift zum Ausdruck gebracht, daß es sich in Berlin um den Kampf zweier Parteien handelte, von denen die eine den U-Bootkrieg wollte, die andere nicht?

Graf Bernstorff: Nach dem Sulfur-Vorfall habe ich geglaubt, daß die Richtung, mit der ich harmonierte und die den U-Bootkrieg nicht führen, sondern mit Amerika verhandeln wollte, endgültig das Uebergeordnete gewonnen hätte.

Vorsitzender Wurmuth: Haben Sie bei Ihrer Rückkehr nach Deutschland infolge der Art des Empfangs in Hauptquartier geklagt, Schiffe zu sehen zu können?

Graf Bernstorff: Wenn ich unter dem Eid gefragt werde, so muß ich antworten, daß ich allerdings die Erklärung des U-Bootkrieges als einen vollkommenen Sieg der militärischen Richtung angesehen habe. (Schluß folgt.)

den Finanzen in Höhe von 65 Mill. Mark. In einer Versammlung der Stadt Arbeiter erklärten sich die bereit, den Voranschlag anzunehmen unter der Bedingung, daß die restliche Summe bis Samstag abend ausbezahlt wird.

Aus der Partei.

Bürrersheim, 23. Okt. Nächsten Sonntag, 26. Oktober, nachmittags 2 Uhr findet im Gasthaus zum Schiff eine Versammlung des Wahlvereins statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen, an erscheinen. Oberkirch, Samstag, 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum Badischen Hof Mitgliederversammlung. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird vollständiges Erscheinen erwartet.

Aus dem Lande.

Durlach.

Aus dem Gemeinderat. Das Schulbad in der Hindenburgschule soll vom 20. Oktober ab (Reinigung) als Volkssbad benutzt werden und zwar Mittwochs von 3-6 Uhr für Frauen und Mädchen, Samstags von 3-6 Uhr für Männer. Der Badepreis wird auf 50 Pf. festgesetzt. — Die Wohnungscommission legt ihren Tätigkeitsbericht bis zum 1. Oktober vor. Darnach war an Wohnungsbedarf angemeldet 375 Wohnungen, vermittelt konnten werden 140 Wohnungen, so daß noch unerledigt sind 229 Gejuche. Der Tätigkeit der Kommission ist es möglich gewesen, 18 Wohnungen in Privatwohnungen freizumachen, in Gebäuden wurden 14 Wohnungen eingerichtet, der Gemeinnützigen Baugenossenschaft wird es möglich sein, bis zum 1. Juli 98 Wohnungen bezugsfertig bereitzustellen, doch wird all dies dem Wohnungsbedarf nicht entfernt genügen. Es soll deshalb 1. mit der Gem. Baugenossenschaft weitere Siedlungsmöglichkeiten erwogen werden; 2. mit der Militärverwaltung wegen Ueberlassung der Schlosshofskaerne zu Wohnungszwecken verhandelt werden (mit einem Aufwand von etwa 90000 A könnten dort etwa 28 Wohnungen eingerichtet werden); 3. erhält das Hochbauamt Auftrag, ein Projekt für einen Reihenhausebau aufzustellen. Die Möglichkeiten unter 1. und 3. sind bei den heutigen Verhältnissen ohne anderweitige Verfügungen (Reich und Staat) wohl kaum durchführbar. — Auf Vorschlag der Landwirtschaftskommission wird beschloffen, den ehemaligen Rintheimer Exerzierplatz umzufügen und mit Wasser befüllen zu lassen. — Dem von der Oberleitung des Wasser- und Straßenbauwesens vorgelegten Plan für das elektrische Ordnung wird im Allgemeinen zugestimmt. — Auf Vorschlag der Gaswerksdirektion wird im Einbildung auf die am 1. Oktober erfolgte Erhöhung der Kohlenpreise um 22 A pro Tonne, der Verkaufspreis für Holz um je 1.50 A pro Pentner erhöht. — Das Tiefbauamt legt das Projekt für einen Sport- und Eislaufplatz mit anschließendem Eigenheimungsplatz zwischen dem ehemaligen Dampfziegeleigebäude und der Pfingstlehen vor. Das Projekt würde einschneidend ausgeführt etwa 800000 A Aufwand, bei Beschränkung auf das unbedingt Notwendigste etwa 200000 A erfordern. Das Projekt soll weiter behandelt werden. — Der Fiedemeyer Enghofer hier hat 30 Pfund Fiedemurrit als Einkaufsmurrit zum Preis von 4 A pro Pfund, also unter erheblicher Ueberzahlung des amtlichen Höchstpreises an den Kolonialwarenhändler Meier verkauft, welcher dieselbe Murrit für 3 A pro Pfund weiter verkaufte. Es wird beschloffen, diesen Fall bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen. — Die Einkaufsvereinigung Durlacher Kolonialwarenhändler, welche die Funktionen des Kommunalverbandes übernehmen soll, hat sich gebildet und die Verhandlungen wegen der Ueberleitung des Betriebes werden demnächst beginnen. Nur die Kariofoelberjorgung verbleibt dem Kommunalverband. — Der Kundenzwang für die Mehl- und Brotverjorgung wird mit Wirkung vom 26. Oktober aufgehoben.

Schadenfeuer. In der vergangenen Nacht ist zwischen 3 und 4 Uhr ein kleines Schadenfeuer in der Badischen Malzfabrik und Eiengießerei vormalig G. Sebald u. Neff ausgebrochen, welches durch eigenes Personal und durch die rasch herbeigekommene Feuerwehr gelöscht werden konnte. Eine Betriebsunterbrechung ist dadurch nicht hervorgerufen worden.

Ettlingen.

Ein großes Konzert des Gesang-Vereins Freundschaft findet morgen Samstag abend 1/8 Uhr in der Festhalle statt. Das Programm entfällt Männerchor mit Orchesterbegleitung, Violin, Bariton und Sopran-Solist. Außerdem wird die verstärkte Kapelle des Reichswehr-Art.-Regts. 14 mitwirken.

Rastatt.

1. Entsprungenen Strafgefangener. Am 22. Okt. vorm. 9 Uhr ist es einem im hiesigen Amtsgefängnis arbeitenden Inhaftierten gelungen, in einem günstigen Augenblick über die Mauer zu entkommen.

2. Wo bleiben die Kartoffeln? Aus Hügelheim wird uns mitgeteilt, daß dort die Bauern ihre Kartoffeln auf die Felder fahren, dort in großen Böckern veraraben, die Böcker wieder einbauen und Winteraat darüber legen, damit niemand das Versteck entdecken kann. Im Frühjahr, wenn es in den Städten keine Kartoffeln gibt, tauchen sie dann plötzlich auf — aber mindestens zu 40 Pf. das Pfund, oder noch teurer.

Aus dem Murtagal.

Gaggenau. Am Sonntag, 26. Okt., nachmittags 3 Uhr, hält im Gambriusaal der Arbeitergejandverein Freizeitsport der hiesigen Leitung eines Dirigenten Schwabenherbstkonzert mit anschließendem Tanz. Das sehr reichhaltige Programm, u. a. wird der bekannte Karlsruher Summst Müller (Adenia-Müller) mit, vertritt ein paar geseufte Stunden.

Baden-Baden.

Aus dem Stadtrat. Das Betriebsamt beantragt, den Gaspreis auf 60 Pf. pro Kubikmeter festzusetzen. Es soll untersucht werden, ob nicht durch billige Erhöhung auch des Strompreises eine Niedrigerhaltung des Gaspreises erreicht werden kann oder auch allgemeine Maß. Mittel für die Entlung der Leuchtmittelepreise aufzuwenden. Es wird ferner nötig werden, auch den Gaspreis zu erhöhen. — Das Schulgeld an der Gewerliche und Handlschule wird für die Pflichtschüler aufgehoben. Vermögensfreiheit für bedürftige Schüler soll auf Antrag bewilligt werden. (Warum solche Halbheiten?) — Der Sportklub hat für Wohlfahrtszwecke 3000 A überwiejen. Diese sollen je zur Hälfte dem Kriegshilfsausich und der Kriegsgefangenenheimkehr überwiejen werden. — Im Rathaus soll, um keine Erhöhung des Dienstes eintreten zu lassen, elektrische Beleuchtung eingerichtet werden. — Die erledigte Stelle des Polizeikommandanten soll neu besetzt werden. — Die von den Fortführern jetzt getroffenen Maßnahmen lassen die Hoffnung zu, daß für die laufende Verjorgungszeit noch zirka 20000 Eier Brennholz aufgearbeitet

Der Untersuchungsausschuß.

Dritte öffentliche Sitzung.

Berlin, 23. Okt.

Die Vernehmung des Grafen Bernstorff

Vorsitzender Wurmuth: Sie haben uns erklärt, daß solange die Friedensvermittlungslition mit Wilson schwelte, niemals die Rede davon gewesen ist, daß Deutschlands Integrität durch den Friedensvertrag irgendwie angegriffen werden soll. Das ist wohl richtig?

Graf Bernstorff: Jawohl!

Vorsitzender Wurmuth: Nun hat in der Senatskammer vom 22. Januar Wilson erklärt, daß es ein einziges unabhängiges, selbständiges Polen geben sollte. Soweit es möglich ist, sollte auch diesem Volke ein direkter Ausweg zu den großen Meerestrafen der See gegeben werden. Wo das durch Gebietsabtretung nicht erreicht werden konnte, sollte es durch Neutralisierung der Zugangsweg erreicht werden. Es liegt also ein Widerspruch vor. Ich bemerke, daß die Volkshaus vom 21. Januar einer Zeit erwin, als die diplomatischen Beziehungen mit Amerika noch völlig befeindeten und als Sie noch in Washington waren. Darf ich um einige Worte der Aufklärung bitten?

Graf Bernstorff: Das Willen die Wiederherstellung Polens wollte, bezweifle ich keinesfalls. Aber ob die Wiederherstellung so weit gehen sollte, daß Kreußen bzw. Deutschland Gebiete abtreten sollte, würde nach meiner Ansicht erst aus den Verhandlungen hervorgehen sein. Es würde sich dabei sicherlich um Kompensationen gehandelt haben, denn der Friede ohne Sieg war nicht unbedingt so aufzufassen, daß genau dieselben Gebiete abtreten sollten.

Vorsitzender Wurmuth: Ist das Ihr persönliche Auffassung oder der Wiederholung Ihrer Unterredungen?

Graf Bernstorff: Das ist meine aus den damaligen Verhandlungen hervorgegangene Ueberzeugung.

Vorsitzender Wurmuth: Es sind also vom Obersten Hause Verfügungen getan worden, daß nicht genau der Status quo ante wieder hergestellt werden soll, sondern daß im Kompensationswege das eine oder andere Stück abgetreten werden sollte und daß in der Tat ein geschwächtes Deutschland erhalten werden sollte?

Graf Bernstorff: Das ergab sich von selbst aus dem Programm: Friede ohne Sieg. Es ist mit mir mündlich in dem Sinne verhandelt worden, daß gegenseitige Kompensationen nicht ausgeschlossen seien.

Abg. Götzein (Dem.): Es wird in den Instruktionen nur von Zugangswegen für Polen gesprochen. Das würde die Möglichkeit offen lassen, daß jomohl Danzig, wie auch die Zugangsweg, so die Weichsel und die Bahnstrecke über Marienburg, an und für sich deutsch bleiben könnten. Es war ja auch möglich, daß Polen durch Klauen einen Zugang zum Meere bekommen könnte. Sollten diese Fragen bei den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zur Erörterung gelangen?

Graf Bernstorff: Auf solche Einzelheiten sind wir nicht eingegangen. Damals hieß es nur, ein Zugang zum Meere durch Eisenbahn oder dergleichen sollte erreicht werden.

Vorsitzender Wurmuth: Das Gebiet sollte also nicht der deutschen Staatshoheit entzogen werden?

Graf Bernstorff: Nein!

Prof. Bonn: Haben Sie den Eindruck gewonnen, daß auf amerikanischer Seite Klarheit bestand, wie Polen wieder hergestellt werden soll?

Graf Bernstorff: Ein solches Programm war in Amerika hierfür nicht vorhanden; das sollte den Verhandlungen unter den Kriegführenden vorbehalten bleiben.

Auf eine Anfrage des Sachverständigen Prof. Bonn erklärt Graf Bernstorff: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Friedenssanktion Wilson von 1918 mit derjenigen von 1917 gar nichts zu tun hat. Auch damit, daß Wilson in Versailles verlangt hat, das dies nichts zu tun. Das sind vollkommen getrennte Aktionen gewesen. Die Volkshaus vom 21. Januar sollte meiner Auffassung nach ein Programm sein für diese Besprechungen. Weiter nichts.

Prof. Bonn: Das Wort Programm deutet auf etwas Bestimmtes hin. Es handelt sich hier wohl nur um allgemeine Grundzüge. Ein Programm finden wir nachher in den 14 Punkten Wilsons.

Graf Bernstorff: Ich bin damit einverstanden, daß man es nicht als Basis, sondern als allgemeine Richtlinien bezeichnen. Auf eine Anfrage des Sachverständigen Prof. Dr. Schäfer

Badische Politik.

Am Ordnung im Bahnverkehr zu schaffen, erinnert der „Badische Staatsanzeiger“ zutreffend an die diesbezüglichen bahnpolizeilichen Vorarbeiten. Er macht darauf aufmerksam, daß zum Teil folgende bahnpolizeiliche Ueber tretungen vorkommen: Betreten oder Verlassen der Bahnsteige unter Umgehung der Bahnsteigpforte, Ueberkreuzen der Gleise an verbotener Stelle, Ein- und Aussteigen auf der nicht dazu bestimmten Seite der Züge oder so lange der Zug sich in Bewegung befindet, sowie der Aufenthalt auf den Trittbrettern und Plattformen der Wagen ohne ausdrückliche Erlaubnis. Diese Ueber tretungen sind nach § 2 der Eisenbahndau- und Betriebsordnung vom 1. Mai 1905 mit Geldstrafe bis zu hundert Mark zu bestrafen, wenn nicht nach den allgemeinen Strafbestimmungen eine höhere Strafe verurteilt ist. Den Eisenbahndienststellen wurde von ihrer vorgelegten Befehle im Hinblick auf die in letzter Zeit überhandnehmenden bahnpolizeilichen Ueber tretungen die fünfjährige Strafbhandlung dieser Strafbestimmungen zur Pflicht gemacht. Stellt die Handlungsweise eine Fahrgeldbühnterziehung dar, deren jeder Reisende, der ohne gültige Fahrkarte betroffen wird, und sich nicht unaufrichtig dem Gejandener oder Zugführer gemeldet hat, verdächtig erscheint, so hat der Führer die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Betrugs zu gewärtigen.

Weiter wird geklagt, daß die Mitreisenden die Bahnbediensteten nicht im geringsten in der Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützen, ja sogar in den meisten Fällen gegen das Personal Partei ergreifen und sich das widerspenstige Verhalten gewisser Reisenden zu eigen machen. Hier wäre eine Unterstützung des Bahnpersonals durch das Publikum wünschenswert.

Schaffung eines Reichsdienstnotengebietes. Wie uns aus Berlin berichtet wird, waren zu der ersten Aussprache über die von der für nächstes Frühjahr in Aussicht genommenen Reichsdienstnotengebiet zu erledigenden Aufgaben in den letzten Tagen über 100 Vertreter des Reichs, der Einzelstaaten und der Gemeinden im Reichsdienstministerium des Innern zusammengekommen. Vorden war dort durch Minister Dummel, Ministerialdirektor Schmidt und Stadtschulrat Dr. Siedinger-Mannheim vertreten. Man einigte sich zunächst auf die Erstellung eines Reichsdienstnotengebietes, das die dringlichsten Notwendigkeiten, wie das Ineinandergreifen der Schulpflicht, den Beginn des Schuljahres in den einzelnen Ländern usw. einheitlich regeln soll.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung der sächsischen Arbeiterschaft in Mannheim ist in ein kritisches Stadium getreten, nachdem der Stadtrat sich entschlossen hatte, nur einen Teil der Forderungen zu bewilligen. Er hatte der Stadt Arbeiterkass mitteilt, daß er die Zustimmung des Bürgerausschusses voraussetzt einen Lohnvoranschlag von 300 Mk. für Verheiratete und 100 Mk. für Ledige genähren wolle, während die Arbeiter 600 Mk. für Ledige und 750 Mk. für Verheiratete, ferner 100 Mk. für jedes Kind gefordert hatten. Würden diese Forderungen bewilligt werden, so ergäbe sich eine Neubelastung der sächsi-

Verhandlungen niemals eine Gebietsabtretung ausgemutet worden

wird; diese Menge wird von der Kohlenstelle für ge-
nügend erachtet (17) für die großen Gewerbetriebe soll
Selbstaufbereitung im Walde zugelassen werden, ebenso für das
Kurbau. Wegen der hohen Preise sollen weitere Kraftwa-
gen mietweise in Betrieb genommen werden. In Oberbeuren
soll eine Zweigstelle des hies. Holzbofes errichtet werden. Eine
Erhöhung der Holzpreise ab Holzbof wird wegen der allgemeinen
hohen Aufarbeitungs- und Verfußkosten nicht zu umgehen sein.

Achern.

Ein Gaunerstreich. Den „Badischen Nachrichten“ zufolge er-
schienen zwei Schleichhändler bei einem Schnapsbändler im
Achernale. Sie erklärten die „em, nachdem sie von ihm für 30 000 M
Schnaps gekauft hatten, sie müßten mit ihrem Auto nach Achern,
um Benzin zu lassen. Die Burschen fuhren dann mit dem mit
Schnaps beladenen Kraftwagen davon und stießen dem Ver-
käufer die verpackte Geldtasche zurück. Das Auto erschien
natürlich nicht mehr und als der Wirt die Geldtasche öffnete, war
sie mit alten Gebetbüchern und wertlosen Gegenständen gefüllt.

Offenburg.

f. Aus Rehl. An Einwohnern hat Stadt Rehl nach der
Vollzählung 1919 8978 männliche, 4461 weibliche, insgesamt
8439. Die Gesamtbevölkerung hat gegen 1910 (8860) um 400
und gegen 1916 (10 625) um 2200 abgenommen. In letzterer
Zahl sind allerdings 600 Militärpersonen enthalten, es verbleibt
aber immer noch ein Verlust von 1600. Es befindet sich hierunter
240 Gefallene. Auch die Abwanderung insge- der politisch
und schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse wird einen größeren
Anteil am Verlust bilden.

f. Heidebühl, 22. Okt. Frivoler Pöbelstreich.
Am vergangenen Kirchweihnachtsabend verletzten einige junge
Burschen aus Bruchsal im Gasthaus zum „Alder“ die friedliche
Menge in nicht geringen Schrecken. Nachdem sie ziemlich über
den Durst getrunken hatten, belagerten sie mit anderen jungen
Leuten Streit und gaben mehrere Schüsse in den Saal hinein
ab, zum Glück ohne jemand zu verletzen. Mit Recht bemächtigte
sich der anwesenden Bewohner eine starke Empörung über solch
eine frivole Spielerei mit Schusswaffen.

f. Altschweier, 23. Okt. Gestern früh brannte das an der
Straße von Altschweier nach Bühl stehende Oekonomiegelände
der Witwe Frieda Dört nieder. Das Wohnhaus konnte gerettet
werden. Da große Getreide- und Heubereite mitverbrannt sind,
ist der Schaden bedeutend.

Weitere Einschränkungen im badischen Eisenbahnverkehr.
Die bad. Eisenbahnverwaltung gibt bekannt, daß infolge des
fortgesetzten empfindlichen Kohlenmangels weitere wesentliche Ein-
schränkungen im Eisenbahnverkehr vorgenommen werden müs-
sen. Im Güterverkehr können nennenswerte Einschränkungen
nicht erfolgen, da sonst die dringend notwendigen Lebensmittel-
und Kohlenzufuhr noch mehr als bisher leiden würde. Aus
diesem Grunde werden vom Donnerstag den 23. Okt. ab mehrere
Rüge auf den Strecken Heidelberg-Walldorf, Heidelberg-Würzburg,
Mannheim-Heidelberg-Weidesheim-Taglietta, Karlsruhe-Rühl-
oder, Karlsruhe-Eppingen (Heilbronn), Rastatt-Mannheim,
Höllentalbahn, Freiburg-Prellach u. a. kleinen Nebenstrecken ein-
gestellt, auch treten verschiedene Fahrplanänderungen ein. Des
fernern macht die Generaldirektion bekannt, daß aller Voraus-
sicht nach auch einige Schnellzüge werden ausfallen müssen.
Sollte sich der Kohlen- und Lokomotivmangel weiter verschärfen,
so müßte unter Umständen mit der vorübergehenden Einstellung
des gesamten Sammel- und Personenzugverkehrs gerechnet
werden. (Die Generaldirektion teilt in ihrem Schreiben an
die Presse nur die Nummern der ausfallenden Züge mit; diese
bekannt zu geben hat keinen Zweck, denn die wenigsten Leser
werden so weit in die Geheimnisse des Bahnbetriebs eindringen
sein, daß sie aus der Zugnummer auch die Fahrzeit erkennen.
Wir möchten also die Generaldirektion bitten, bei künftigen Mit-
teilungen wenigstens die Abfahrtszeit an irgend einer Station
bekannt zu geben, sonst sind die Bekanntmachungen wertlos. Red.)

Die Generaldirektion gibt heute weiter bekannt, daß vom
Montag, 27. Oktober, auf den Strecken Rastatt-Dinsladingen, Karls-
ruhe-Rastatt, Offenburg-Konstanz, Freiburg-Prellach, Frei-
burg-Donaueschingen und Waldshut-Zimmendingen eine Reihe
weiterer Züge ausfallen.

Der Kampf gegen Schieber und Schleichhändler.
Mannheim, 23. Okt. Zur Bekämpfung des umfangreichen
Schieber- und Schmugglerunwesens am Rhein sind jetzt starke
Gendarmereiposten unterstützt von Schützen des Landesprei-
samt entlang des Rheins aufgestellt und ferner sind fliegende
Kolonnen eingerichtet worden, welche hauptsächlich den Stroh-
verkehr und den Verkehr zu Wasser kontrollieren. Bei Klust-
verhören werden die Sicherheitsposten sofort von der Schusswaffe
Gebrauch machen. Eine besondere Aufmerksamkeit wird übrigens
auch den Schiebern mit Brennholz im Odenwald geschenkt
werden.

Stadach, 22. Okt. In Schwabenreuth war ein Landwirt
ein großes Schwein infolge Erkrankung verendet. Zwei Kon-
stanzler Schleichhändlerinnen kauften das Fleisch zu 4 M das
Pfund und verbrachten es nach Konstanz. (Der Name der beiden
Weiber wird leider nicht angegeben. Die Red.)

Konstanz, 22. Okt. Die Bahnpolizei verhaftete eine
Näherin, die im Auftrag eines Kaufmanns aus der Schweiz aus-
ländische Obligationen im Wert von 10 000 Frs. über die Grenze
bringen wollte. Als der Kaufmann beobachtete, wie die Nähe-
rin verhaftet wurde, flüchtete er, konnte aber später gleichfalls
festgenommen werden.

Singen a. Hochentwiel, 22. Okt. Die Gendarmerei hat in
einem landwirtschaftlichen Gehöfte in Nelsingen ein umfang-
reiches Lager schweizerischer Stumpen im Wert von annähernd
100 000 M entdeckt und beschlagnahmt. Zwei an der Verhaf-
tung Beteiligte, nämlich ein Landwirt und ein junger Grenz-
wache, sind lt. „Konst. Nachr.“ festgenommen worden.

Metallarbeiter-Generalfversammlung.

Stuttgart, den 19. Okt.

Schlus des 6. Verhandlungstages.
Der weitaus größte Teil der zum Vorstandsbereich gestellten
Anträge wird dem neuen Vorstand zur Berücksichtigung über-
wiesen. Beschlossen wird u. a. für die Beilegung der Frauen-
arbeit in der Schwerindustrie einzutreten und eine Reichskonfer-
renz der Schmiede einzuberufen. Zu der Resolution Dismann
steht ein Zusatzantrag vor, nach dessen Annahme die Resolution
in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 129 Stimmen zum
Beschluß erhoben wird. Mit gewaltiger Mehrheit wird ein Antrag
Stensburg abgelehnt, der Sperrung der Beiträge an die General-
kommission fordert. Bei der Beratung eines Antrags, der Vor-
stand müsse für Aufhebung des Belagerungsquellandes im rhein-
isch-westfälischen Industriegebiet und in Sachsen eintreten,
kommt es zu heftigen Aufrufen.

Marg-Tresden bemerkt, er könne es im Hinblick auf die un-
erhörten Treibereien der Unabhängigen und Kommissionen der
Regierung nicht verkennen, wenn sie den Belagerungsquelland
nicht aufhebt. — Dismann n. gelangt es endlich, seine Freunde
zur Ruhe zu bringen und beantragt nunmehr den Antrag, damit
zu erweitern, daß er für das ganze Reich gilt. — Nachdem S. a. a.
bemerkte hatte, daß Voraussetzung für die Aufhebung des Belage-
rungsquellandes die Aufgabe der Gewaltpolitik von links sei, wird
dieselbe einstimmig angenommen. Damit ist der zweite Punkt
der Tagesordnung erledigt und der Verbandstag vertagt sich auf
Sonntag 10 Uhr.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 24. Oktober.

Die „Sozialistische Republik“

versucht durch eine der bei ihr üblichen Schimpfkanonaden
die Tatsachen abzuwehren, daß das Verhalten der U.S.P.
in Fragen der inneren und äußeren Politik, in der Wir-
tung dem Landesverrat gleichkommt. Sie greift zu dem
schmutzigen Verdacht, uns zu beschuldigen, wir wollen durch
unsere Kennzeichnung des Treibens der Unabhängigen,
dieser Partei Staatsanwälte und Strafrichter auf den
Gais hegen. Damit nicht genug, bringt es das Blättchen
fertig, wiederum den Verdacht auszusprechen, als werde
systematisch darauf hingearbeitet, die Führer der U.S.P.
um s Leben zu bringen. Wie lamuwerbol und tief-
traurig sind doch Menschen, die politische Kämpfe mit solch
elenden Mitteln auszufechten versuchen. Daß das Ver-
halten der U.S.P., die fortgesetzt Deutschland an die En-
tente denunziert, nicht im strafrechtlichen Sinne Landes-
verrat ist, dürften sogar die Herrschaften von der „S. R.“
wissen. Daß es aber im Interesse des schwer um seine
nackte Existenz ringenden deutschen Volkes gelegen ist, das
Treiben der Unabhängigen zu entlarven, zeigen die fort-
gesetzten scharferen Drangalierungen, denen wir durch die
Entente ausgegesetzt sind, und unter denen die deutschen
Arbeiter am schlimmsten zu leiden haben.

Daß es einen Sozialdemokraten gibt oder geben könnte,
der die verbrecherische Reigung besitzt, irgend einen Führer
der Unabhängigen nach dem Leben zu trachten, ist eine
Aufsaffung, die entweder nur in dem Gehirn eines Ar-
rinnigen oder eines völlig vernachlässigten Demagogen ent-
stehen kann.

Polizeibürokratie.

Die bereits mitgeteilt, hat das Ministerium eine „als-
bald in Kraft tretende Verordnung“ erlassen, nach
der die Polizeistunde auf abends 10 Uhr festgesetzt wird und
man durfte allgemein annehmen, daß der genaue Ter-
min noch bekanntgegeben wird. Statt dessen gingen aber
gestern abend Schulkleute in einigen Wirtschaften herum
und hielten um 10 Uhr Feierabend. Wir lagen ausdrücklich
in einigen, denn wir wissen, daß in anderen, auch in
Kaffeehäusern, nicht Feierabend geboten wurde. Wir hören
nichts gegen die frühere Festsetzung der Polizeistunde an sich,
wohl aber das Ministerium gar zu hinreichende Gründe hat, aber
das kann man verlangen, daß die Polizeiverwaltung vorher
öffentlich bekannt gibt, von welchem Tage an die Verordnung
in Kraft tritt, es sie dem Publikum den „Wahl“ in
die „Klappe“ durch Schulkleute zuweisen läßt. Und wird noch
mehr geschimpft als bisher und das ist gerade nicht notwendig.

Vortragskurse des Bildungsausschusses.

Der Bildungsausschuss beschäftigt, im Laufe des Winters
eine Reihe von Vorlesungen, Einzelvorträgen wie
auch Kurse, neben den literarischen Veranstaltungen,
abzuhalten. Die Notwendigkeit dieser Veranstaltungen
dürfte von keinem Genossen bestritten werden. Die Par-
teigenossen, die alten wie die jungen, die männlichen wie
die weiblichen, bedürfen heute mehr denn je der Weiter-
bildung und Ausbildung. Gewaltige Aufgaben harren
noch unserer Partei, noch ist alles im Werden begriffen,
langsam richtet sich das Wirtschaftliche wieder auf, neue
Aufgaben treten in Politik, in Wirtschaft an uns heran.
An der Lösung der Aufgaben mitwirken zu können, Ein-
blick zu bekommen in die Probleme unserer Wirtschaft-
s- und Kulturpolitik, das muß das Bestreben jedes Partei-
genossen und jeder Parteigenossin sein. Und hier will der
Bildungsausschuss den Genossen und Genossinnen ein Ge-
selte sein. 4 Kurse hat er für die Monate November und
Dezember vorgeschlagen: er ist für Männer und Frauen:
Gen. Dr. Kullmann wird einen Kurs von 5-6 Vor-
trags für Frauen abhalten über „Die Geschichte des So-
zialismus“.

Hrl. Dr. Marie Baum, unsere frühere badische Fabrik-
inspektorin, wird einen Kurs von gleicher Dauer über
„Mutterchafts- und Säuglingsfürsorge“ abhalten.

Die Frauenkurse sollen am 6. November be-
ginnen sie finden statt im Sitzungssaale der Ortskrankenk-
asse. Die Einkreisgebühr beträgt 2 Mk. Nach den
Vorträgen findet jeweils eine Aussprache statt.

Zu den Kurzen für die Parteigenossen haben sich als
erste die Genossen Marum und Weichmann zur Ver-
fügung gestellt.

Genosse Marum wird sprechen über „Reichsverfassung
und badische Verfassung“.

Genosse Weichmann über: „Die deutsche Geschichte bis
zur Gegenwart im Lichte der materialistischen Geschichts-
auffassung“.

Beide Kurse werden etwa je 5-6 Stunden umfassen,
auch hier findet jeweils nach Schluß des Vortrags eine
Aussprache statt. Die Einkreisgebühr beträgt wie bei
den Frauen 2 Mk. Die Vorträge werden etwa Mitte No-
vember beginnen, über das Lokal usw. wird das nähere
noch bekannt gegeben; es sollen noch weitere Kurse folgen,
im Bedarfsfalle auch Wiederholungskurse.

Wir fordern unsere Parteigenossen und Parteigenossin-
nen auf, sich an den Kurzen zu beteiligen, auch die älteren
Genossen der Arbeiterjugend können teilnehmen.

Anmeldungen für Frauen nehmen entgegen: Ge-
nossin Müller, Solfenstraße 160, 4. Et. und Redakteur
Winter, Redaktion des „Volkfreund“. Männer mögen
sich nur bei Gen. Redakteur Winter anmelden. Der
Beginn der Vorträge wird noch bekannt gegeben.

Aus dem Feuertourer. Ein Geschäftsinhaber
schrökt uns: Beugungsmoment auf den Verfall über die öffentliche
Feuertourer-Versammlung in Nr. 229 des „Volkfreund“ gestalte ich
mir zur Richtschnur folgendes zu bemerken: Die im Bericht
angegebenen Sätze existieren in den seltensten Fällen. Aus-
weilich der Beitragsliste zur Kronenliste hat die Reduziert der
hiesigen Gehältern über 200 M pro Monat Lohn. Es ist auch nicht
richtig, daß die Arbeitgeber die Bewilligung der Feuerungs-
zulage ablehnen, denn durch Innungsbeschlüsse wurden 15 Prozent
sogar genehmigt, eine weitere gestaffelte Erhöhung soll allmäh-
lich erfolgen. Eine grobe Fälschung des Publikums ist es
jedoch, wenn behauptet wird, die Weidmännhaber hätten die Be-
dienungspreise um 300 Prozent erhöht. Gegenüber den im
Karlsruher Feuertourer vor dem Kriege üblichen Bedienung-
spreisen sind die heutigen kaum 100 Prozent höher, während die
Sätze mindestens 150 Prozent, die meisten Gehältern, sunstigen
jedoch 300 bis 1400 Prozent gestiegen sind.

Zu obiger „Richtigstellung“ wird uns von Feuertourer-
hilfenzeit geschrieben: Die in obiger Richtigeilellung ange-
führte Lohnzahlung ist nicht richtig, denn tatsächlich arbeiten alle
hiesigen Feuertourer unter 200 M, nur wenige Gehältern alle
Gehältern (Emententourer) erhalten einen Gehalt von 200 bis
220 M. Wenn auch die Fortschrittlichkeit der Innung besäßen
hat, 15 Prozent Feuerungszulage zu bewilligen, so hat aber
die Mehrzahl der Meister zu ihren Gehältern gesagt: Nichts be-
kommen Sie, eher entlasse ich Sie sofort. Auch die
„grobe Fälschung“, von der die Rede ist, steht auf schwachen
Füßen, denn vor dem Kriege kostete z. B. das Rastieren 10-15
Pfennig, heute aber 40-60 Pf., für Saarsäen werden
heute bis 1.50 M verlangt. Vor dem Kriege erhielten die
Angestellten 80-120 M, ohne Kost und Wohnung; mit letzterem
80-90 M, während heute 120-200 M bzw. 60-80 M die
Monatsentlohnung beträgt. Wie also zu ersehen ist, haben die
Gehältern eine kaum merkliche Steigerung erfahren während die
Ausgaben der Gehältern für den Lebensunterhalt, Wohnung,
Kost, Wäsche, geschäftliche Bedürfnisse usw. ins Unermessliche
gestiegen sind.

Ueber die Frage der Abschaffung des Kost- und Logiszwanges
sowie zwei freie Stunden an einem Werktag geht der Geschäfts-
mann Hiltschweigend hinweg. Vergibt er die „beiden“ Stunden
in ersterem Punkt? Hat er z. B. keine Kenntnis von der „Woh-
nfall“? Wie er am Ludwigsplatz, wo die Gnädige immer,
männ der Angestellten mit dem schlechten Essen rekonstruiert,
sagt: Wenn ich für 4 Lode kann ich auch für 5? Wir wollen
nicht deutlicher werden, sondern nur sagen, daß solche Fälle nach
Aufhebung des Kost- und Logiszwanges jähren. Dies zur
Aufklärung.

Münchheim, Samstag, 25. d. M., abends pünktlich 8 Uhr.
findet im Gasthaus zum „Waldborn“ eine öffentliche
Versammlung statt. Tagesordnung: „Kommunalepolitische
Beschlüsse unserer Vorwärts“. Redner: Stadt- u. Wörner. Wir
erwarten die hiesige Bevölkerung zahlreich zu erscheinen.

Einschränkung des Badebetriebes im Heroldsbad. Die Brenn-
stoffnot fordert die Einschränkung des Betriebes des städtischen
Badeanstalt (Heroldsbad). Auf Antrag hat der Stadtrat ge-
nehmigt, daß zur Erparnis von Kohlen und Holz die Badeanstalt
künftig nur noch an 3 Tagen d. Woche (Sonntag, Frei-
tag und Samstag) — an die/en aber so lange als nötig und
möglich — offen gehalten wird. Die Stunden, zu welchen der
Badebetrieb an diesen Tagen durchgeführt wird, werden von der
Baderverwaltung noch bekannt gegeben werden.

Landesbühner. Das Orchester des Landesbühners wird im
Laufe des Winters sechs Sinfonienkonzerte unter der Leitung
des Operndirektors Cortolissi veranstalten. Aus den Namen
der dafür bis jetzt genannten Künstler seien folgende genannt:
Gertha Schmiel (Geige), Professor Reich (Viola), General-
musikdirektor von Schilling. Das erste Konzert ist auf Mit-
woch den 20. ds. Mts. geplant. Im Programm dieses Konzertes
wird u. a. Beethoven's „Requie“ stehen.

Unfall. Am 22. d. M. wurde ein im Stadteil Badlanden
wohnender Zimmermann von der letzten Straßenbahn an-
gefahren und zu Boden geschleudert. Er erlitt schwere Kopf-
verletzungen und fand Aufnahme im hies. Krankenhaus.
Wegen höchstpreisübersteigerung gelangte ein hiesiger Ob-
stbändler zur Arznei, welcher Tafelbirnen zu 80 Pf. pro Pfund
verkaufte, obgleich der Höchstpreis für Birnen nur 22 Pf. beträgt.
Uebersteuereinfälle. Aus der Garderobe des Landes-
bühners, sowie aus einem hiesigen Café wurden in letzter Zeit
durch unbefangenen Täter Ueberzieher gestohlen.

Kleine Nachrichten.

München, 23. Okt. Nach dem amtlichen Bevölkerungs-
bericht hat Bayern bis Ende 1918 etwa 160 000 Gestaltene zu-
gewonnen und außerdem zirka 70 000 Zivilpersonen durch die
Wirkungen der feindlichen Hungerblockade verloren, sowie
einen Geburtenausfall von etwa 400 000 ungeborenen Kin-
dern zu verzeichnen.

Essen, 23. Okt. Das Stahlwerk Thyssen in Hagenbängen
ist einer französischen Verbundwerkgruppe für den Preis von
150 Millionen Francs zugestanden worden.

Auffig, 23. Okt. Heute Vormittag riefen Deutonde in
der Stärke von einer Kompagnie die Statue Kaiser Franz
Josef II. von dem Sockel herab. Dem Standbild wurden die
Arme abgeklappt. Einige Zuhörer gerieten mit einem
Soldaten, der erklärte, daß das Standbild schon längst auf
den Müll gehöre, in einen Wortwechsel. Die Soldaten gaben
darauf Schüsse in die Luft ab, wodurch eine Panik hervor-
gerufen wurde. Heute, bei ihrer Entlastung über den Vor-
fall Ausdruck geben, wurden von den Soldaten verhaftet und
gefoltert. Der Stadt hat sich große Erregung bemächtigt.

Berlin, 23. Okt. Der Fünfererrat nahm Kenntnis von
der Note der deutschen Regierung betreffend die Zulassung
von Fischereien in den Küstengewässern des Balti-
schen Meeres. Er beschloß, daß die Ueberwachung dieser
Schiffe weniger streng durchgeführt werden solle.

Berlin, 23. Okt. Der Streik der Pariser Zeitung-
ausdrucker und Zeitungsgesellen ist beendet.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland,
Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Po-
litische Politik, Aus der Stadt, Kommunales, Soziales und Feuille-
ton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger,
sämtlich in Karlsruhe, Poststraße 24.

Verbandsanzeiger.

Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Am Samstag,
den 25., nachm. 1 1/2 Uhr. Versammlung sämtlicher Elektro-
monteure, Hilfsarbeiter und Helfer im Saale des Restau-
rants Bögler in der Baumkammer. Kollegen erscheinen voll-
ständig in dieser äußerst wichtigen Versammlung.

7585. Die Brandversicherung. Die Brandversicherung-
versammlung. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung
ist pünktliches und vollständiges Erscheinen unbedingt not-
wendig.

Feuertourer. (Arbeiter-Gesangs-Verein Feuertourer.) Sonntag, 24.
Oktober, abends 7 Uhr, Zusammenkunft im Lokal „Feuertourer-
heim“ in Karlsruhe. Hierzu laden wir unsere verehrlichen Mit-
glieder aufs freundlichste ein.

Wasserversand des Rheins.
Schusterhölzel 78, gef. 8; Rehl 174, gef. 1; Nagau 826,
gef. 7; Mannheim 213.

Unsere Zitiellinhaber.

welche den „Volkfreund“ durch die Post überwiefen er-
halten, wollen die für November benötigte Bestell-
zahl spätestens bis zum Montag, den 27. ds. Mts.,
uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. No-
vember nicht rechtzeitig erfolgen.

Verlag des „Volkfreund“.



Reiner Weinbrand Cognac

ODENHEIMER

Spezialmarke „DREI STERN“ Cognacbrennerei Odenheimer, Karlsruhe

Bad. Rote Geldlotterie
Ziehung 14. November
1236 Geldst. u. 1721 abh. bei
37 000 M.
Mögl. Höchstgewinn
20 000 M.
Lose zu 1.10 M. Porto
u. Liste 45 S. empfiehlt
Lotterie - Unternehm.
J. Stürmer
Mannheim 07, 11
rüh. Strassb., Langstr.
Fr. Pecher, u. Goetz.

Geld
ab folb. Leute jed. Stand.
ohne Vürgen von 100 bis
8000 Mark durch
Becker, Seidelberg,
Oppheimerstr. 25.
Patentbuchlung gestattet.
Sprechzeit jeden Tag von
2-8 Uhr nachmittags und
Sonn tags vormittags.
Sprechstunden in Karlsruhe
Samstag, den 25. Oktober,
von 11-12 Uhr im Hotel
„Oratoriumsgebäude“, alter
Bahnhof. 7381

Häuser
mit und ohne Geschäfte
sowie Liegenschaften aller
Art zu verkaufen durch das
Liegenschaftsbüro
M. Busam,
Karlsruhe, Herrenstr. 38.
Telephon 5590.

Unsere Spielwaren-Ausstellung
Ist eröffnet!
Puppen - Bestandteile und
Puppen in großer Auswahl.
Ausstellung und Verkauf
in der II. Etage.
Geschwister Knopf

K.F.C. PHÖNIX
PHÖNIX - ALEMANNIA
Jeden Dienstag, Donner-
tag **Übung** auf dem
Sportplatz im Fasanen-
garten.
Sonntag, den 26. Okt.
im Fasanengarten:
8 Uhr nachm. Phönix I
gegen F.V. Beiertheim I,
1 1/2 Uhr nachm. Phönix II
gegen F.V. Beiertheim II,
vorm. 10 1/2 Uhr Phönix III
gegen F.V. Beiertheim III,
vorm. 9 Uhr Phönix IV,
gegen F.V. Beiertheim IV,
vorm. 10 Uhr Phönix V
gegen F.V. Beiertheim V,
in Beiertheim. 7388
Abends 8 Uhr im
„Löwenrachen“
Familien - Abend.
Mittwoch, den 29. Ok-
tobers, abends 8 Uhr,
Versammlung
aller Leichtathletiktrel-
benden (Löwenrachen).
Vorstands - Sitzung.

Wir suchen einen
Jungen
oder ein Mädchen für
Botengänge zc.
Buchdrucker
„Volksfreund“.

Badisches Landestheater.
Freitag, den 24. Oktober 1919 7400
Tristin und Isolda.
In drei Aufzügen von Richard Wagner.
Isolda: Maria Lorentz, Isidore vom Stadttheater
in Dresden a. G.
Anfang 6 Uhr. (M.-Pr.) Ende 1/11 Uhr

Konsum-Verein für Durlach
und Umgegend
eingetr. Genossensch. m. beschr. Haftpflicht.
Einladung zur ordentlichen
General-Versammlung
am Sonntag, den 2. November 1919, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, im großen Saal der „Blume“
in Durlach.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats über
das 15. Geschäftsjahr 1918/19 und Entlastung des
Vorstandes.
2. Genehmigung der Bilanz und Beschlussfassung über
die Verteilung der Gewinne.
3. Beilegen des Revisionsberichts.
4. Beschlussfassung über die Annahme eines 2. Vor-
standesmitglieders.
5. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat.
6. Beschlussfassung über Abänderung des § 10 Ziffer 1
des Statutes.
Der Aufsichtsrat,
J. A.: Chr. Dahn, Vorsitzender.
NR. Als Legitimation zum Besuche der General-
versammlung ist die grüne Legitimationskarte am
Saal Eingang vorzuzeigen. 7401

Karlsruher Siederkrantz
E. V.
Samstag, 25. ds. Mts.,
abends 8 Uhr,
im Vereinslokal (Alpshorn):
Fulder-Begrüßungs-Stall
Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.
Für **Freundliche Bedienung** sind besorgt
Die 3.
Fulder-Orden und Ehrenzeichen sind anzu-
legen. 7360

Sechs Sinfonie-Konzerte
des Opern-Orchesters des Bad. Landestheaters
unter Leitung von Fritz Corradi.
I. Konzert im Landestheater
Mittwoch, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr
Serenade für 13 Blasinstrumente in D-dur von Mozart
Neunte Sinfonie von Beethoven.
Soli: Marie von Ernst, Marie Petz-Demmer
Max Böttner, Carl Seydel
Singchor des Landestheaters, Bachverein und ein-
geladene Damen und Herren. 7401
Kleine Preise: Parkett 4 Mk. 50 Pf., usw.

Für den Herbst
empfehle ich meine
Kleider-Reparatur-, Büge- und
Reinigungs-Werkstätte.
Eugen Messner
Zähringerstr. 59. Telephon 3036
Wenden, Umändern von Zivilkleidern
und Uniformen.
Pünktliche und reelle Bedienung (Abholen und
Zustellen der Kleider). 6945

Männer-Gesangverein
Karlsruhe (E. V.).
Wir beehren uns hiermit die
berehr. Mitlieder nebst Familien-
angehörigen zu der am **Sonntag,**
den **26. d. Mts., nachmittags**
4 Uhr, im Saale des Wajshaus es
„zur Blume“, Durlach, stati-
findenden
Herbst-feier
verbunden mit Gesang, Theateraufführungen und
Tanz ganz ergebenst einzuladen.
Einladungsrecht gestattet. 7381
Der Vorstand.

Wir suchen
für sofort und später 6926
Allein-Mädchen,
Köchinnen und
Zimmermädchen
Städtisches Arbeitsamt
Zähringerstraße 100 Zimmer Nr. 11.

Vinoleum-
Teppich ca. 2x3 und 2x4
Läufer 20 m, zu verkaufen
Lauterbachstr. 14, Nr. 7.
Billig zu verk. 2 gute
Teppiche, neu aufger. 10 e.
Kaufte, m. 230 Mk., harte
Teppiche, harte, 10 e. Kaufte.
a 20 Mk. Softeu. 13,
Tate erw. 8-11, 2-6 Uhr.

Verloren
in einem Treppenhaus der Kaiserstraße ein Brillant-
anhänger mit kleinem roten Steinchen. Dem Finder
600 Mk. Belohnung
Näheres im Volksfreundbüro. 7394

Schuhmacher-
Nähmaschine,
sehr gut erhalt. zu verkaufen.
Näheres im Volksfreundbüro. 7391

Hosenträger
dauerhaft und gut
das Duzend Mk. 3. - , 3.60 u. 4.20
Amalienstraße 43, im Laden.
Mühlburg, Kärcherstraße 63, 2. Stof.

Tüchtige
Schreiner
bei hohem Lohn für dauernd
gesucht.
Möbelfabrik Lampert,
Bruchsal (Waden). 4970

Zöpfe
von ausgefallenen Haaren
werden billig angefertigt
Näheres im Volksfreundbüro.

Zigaretten
100 Stück 10 Mk., gibt ab
Näheres im Volksfreundbüro.

Beuten und Leppiche,
einfache und bessere Felten,
Walchennode u. nach Höhe
mit Wachs, Nadeln u. and.
Schränke, Ala. Fez, Säure
u. and. fähige, Chaijellonoue,
Fantenils, zofa u. Tivons,
einz. Haare u. Seerassmatr.,
Röste u. Kle u. and. el. ein tl.
Ofen und ein Hof abzugeb.
7393 Softeu. 93, part.

Vinoleum-
Teppich ca. 2x3 und 2x4
Läufer 20 m, zu verkaufen
Lauterbachstr. 14, Nr. 7.

Schuhmacher-
Nähmaschine,
sehr gut erhalt. zu verkaufen.
Näheres im Volksfreundbüro. 7391

Hosenträger
dauerhaft und gut
das Duzend Mk. 3. - , 3.60 u. 4.20
Amalienstraße 43, im Laden.
Mühlburg, Kärcherstraße 63, 2. Stof.